

Linker Zeitgeist

Parteien Fraktionschefin Sahra Wagenknecht, 49, über den Niedergang der SPD und eine neue soziale Machtoption

SPIEGEL: Frau Wagenknecht, Sie haben sich im Januar für die Gründung einer neuen linken Sammlungsbewegung ausgesprochen. Wie weit ist das Vorhaben gediehen?

Wagenknecht: Wir starten am 4. September, aber schon am 4. August wird unsere Website auf www.aufstehen.de online gehen. Wir haben so viele Anfragen, dass wir Interessenten schon jetzt eine Möglichkeit geben wollen, sich zu registrieren. »Aufstehen« ist der Name der Sammlungsbewegung, denn Aufstehen für ein gerechtes und friedliches Land – darum geht es. Wir wollen, dass die Menschen sich keine Politik mehr gefallen lassen, die sich gegen ihre Interessen richtet.

SPIEGEL: Sie hatten sich eine neue linke Volkspartei gewünscht. Hat sich das erledigt?

Wagenknecht: Volksparteien kann man nicht gründen, sie entstehen aus glaubwürdiger Politik. Was wir auf den Weg bringen, ist bewusst keine neue Partei, sondern ein Angebot an alle, die mit der herrschenden Politik unzufrieden sind und sich eine Erneuerung des Sozialstaats und eine friedliche Außenpolitik wünschen, egal, ob sie Mitglied einer Partei sind oder nicht. Niemand muss seine Organisation verlassen, um bei uns mitzumachen, vor allem aber wollen wir diejenigen zum Engagement ermutigen, die sich in keiner Partei mehr zu Hause fühlen. Unser Ziel sind natürlich andere politische Mehrheiten und eine neue Regierung mit sozialer Agenda. Ein Schlüssel dafür ist die SPD. Solange sie ihre Agenda-2010-Politik fortsetzt, wird sie weiter schrumpfen. Das verringert die Chance auf eine linke Machtoption. Aber die Veränderung der Parteien beginnt mit gesellschaftlichem Druck.

SPIEGEL: Fragt sich nur, warum die SPD und die Grünen bei Ihrer Bewegung mitmachen sollten.

Wagenknecht: Es gibt in beiden Parteien viele Mitglieder, die es satt haben, Lobbypolitik für große Unternehmen und Reiche mitzutragen. Deren Chance auf inhaltliche Veränderung ihrer Parteien wird sich erhöhen, wenn die Sammlungsbewegung stark wird. Wenn der Druck groß genug ist, werden die Parteien, auch im Eigeninteresse, ihre Listen für unsere Ideen und Mitstreiter öffnen.

SPIEGEL: Mit anderen Worten: Sie wollen das Konzept eines rot-rot-grünen Bündnisses neu beleben.

Wagenknecht: Es geht um ein inhaltliches Projekt. Um den Mut zur Überwindung des neoliberalen Mainstreams. Solange SPD und Grüne gar nichts wesentlich anders machen wollen als Frau Merkel, ist Rot-Rot-Grün für die Wähler nicht attraktiv und wird keine Mehrheit haben. Für



Politikerin Wagenknecht: »Viel positive Resonanz«

eine andere Politik braucht es Parteien, die bereit sind, die Konzernlobbyisten aus dem Reichstag zu werfen, und die sich daran erinnern, was Demokratie heißt: Politik für die Mehrheit.

SPIEGEL: Andere erfolgreiche linke Bewegungen der letzten Jahre – etwa die von Bernie Sanders in den USA oder von Jeremy Corbyn in Großbritannien – waren in Parteien aktiv. Am Ende möchte der Wähler eben doch wissen, wo er sein Kreuz machen kann.

Wagenknecht: Wir sind mit Aktiven aus diesen Kampagnen in Kontakt. Wenn sich sehr viele Menschen bei uns engagieren, wird das am Ende auch das Parteiensystem verändern.

SPIEGEL: Sie haben zuletzt zunehmend Kritik aus dem linken Lager bekommen, weil Sie sich kritisch zur Einwanderung und Aufnahme von Flüchtlingen geäußert haben. Wie will sich Ihre neue Sammlungsbewegung in dieser Frage positionieren?

Wagenknecht: Das Thema ist viel zu stark ins Zentrum der Politik gerückt. Die Regierung Merkel hat die Flüchtlingskrise so gemanagt, dass sie vor allem zulasten der Ärmere ging. Viele soziale Probleme haben sich weiter verschärft: Wohnungsnot, die Überforderung von Schulen, Konkurrenz im Niedriglohnsektor. Ein Großteil des Unmuts, der sich jetzt gegen die Flüchtlingspolitik richtet, hat letztlich soziale Ursachen. Die werden unser zentrales Thema sein.

SPIEGEL: Will die Sammlungsbewegung offene Grenzen für alle, wie es Teile der Linkspartei fordern?

Wagenknecht: Internationalismus heißt, eine Politik zu beenden, die in armen Ländern Lebenschancen zerstört. Also Schluss mit Waffenexporten und unfairen Handelsabkommen. Offene Grenzen nützen den Ärmsten überhaupt nichts, denn sie haben keine Chance, sich auf den Weg zu machen. Wir bekämpfen die Armut in Entwicklungsländern nicht dadurch, dass wir deren Mittelschicht nach Europa holen.

SPIEGEL: Viel Unterstützung haben Sie für Ihr Projekt bislang nicht bekommen. Sie selbst sprechen von einer Querfront aus Kritikern, die sich von der CDU, den Grünen über die SPD bis hin zu Teilen der Linkspartei erstreckt.

Wagenknecht: Als die Idee vor einem halben Jahr geboren wurde, hätte ich nie gedacht, dass wir so viel positive Resonanz und so interessante Mitstreiter bekommen. Diejenigen, die sich aus machtpolitischen Gründen von einer Sammlungsbewegung bedroht fühlen, sind natürlich dagegen. Dabei zeigen

Umfragen: Wir haben keinen rechten Zeitgeist, sondern eher einen linken.

SPIEGEL: Wie kommen Sie darauf?

Wagenknecht: Eine Mehrheit will mehr sozialen Ausgleich, höheren Mindestlohn, armutsfeste Renten, eine Vermögensteuer für Superreiche, keine Aufrüstung. Nur bildet sich das politisch nicht ab. Gerade Ärmere vertrauen den Parteien des linken Lagers nicht mehr, weil sie sich auch von ihnen im Stich gelassen oder arrogant behandelt fühlen. Ich will, dass linke Parteien wieder die Stimme derjenigen werden, die unter der konzerngesteuerten Globalisierung leiden und deren Interessen seit Jahren missachtet werden. Interview: Nicola Abé